

## **MITTLINKS**

**Sonderausgabe 01/11**

**Einige Erfahrungen aus drei Jahren Bezirksversammlung**



**Für ein soziales Hamburg -  
Veränderung beginnt mit Opposition**

## Liebe Leserin, lieber Leser,

anstelle der für Januar geplanten Ausgabe unserer kleinen Fraktionsbroschüre erscheint an dieser Stelle eine Zusammenstellung von Artikeln, die ein wenig Bilanz ziehen aus drei Jahren Erfahrung in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte. Nach kurzer Einschwingphase haben wir unseren Weg gefunden und nicht ohne Erfolg versucht, unser Versprechen umzusetzen, Opposition zu sein und der oftmals vorhandenen ganz großen Koalition aus SPD, GAL und CDU auf die Finger zu schauen.

Die folgenden Artikel beschreiben einige der Felder, auf denen wir tätig waren und weiter sein wollen.

Ich wünsche ein spannende Lektüre,

**Bernhard Stietz-Leipnitz,**

St. Georg

Fraktionsvorsitzender

## Inhalt

Ein-Euro-Jobs in Mitte -Ohne uns!	S. 3
Informationen für Hartz-IV-Betroffene: Behörde für Wirtschaft und Arbeit schaltet auf stur	S. 4
Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht	S. 5
Kitakonferenz: Weg mit sozialem Ausschluss durch das Gutscheinsystem!	S. 6
Drei Jahre Stadtentwicklungspolitik im Bezirk Mitte	S. 7
Sankt Florian lässt grüßen - oder wie man unerwünschte Menschen aus seinem Stadtteil abschiebt.	S. 8
AREAL 21: Aufstand auf St. Pauli	S. 10
Lichter der Schlafstadt	S. 12
Kontakt	S. 14

## Ein-Euro-Jobs in Mitte -

### Ohne uns!

**Ronald Wilken**, Abgeordneter aus Wilhelmsburg

Nach unserer Auffassung verstößt Hartz IV gegen mehrere Artikel des Grundgesetzes. Wie beim Arbeitseinsatz von Hartz-IV-Betroffenen als Ein-Euro-Jobberinnen- und Jobber im Garten- und Landschaftsbau in Mitte. Durch unsere parlamentarische Anfrage erfuhren wir, dass hier von 92 Personen 83 als Ein-Euro-Jobberinnen und Jobber beschäftigt sind. Solche „Ein-Euro-Jobs“ müssen zusätzlich und begrenzt sein, das bedeutet, solche Maßnahmen dürfen reguläre Arbeitsplätze nicht verdrängen. Nicht nur wir, sondern auch der Bundesrechnungshof kritisierte die Nichteinhaltung dieser Regel für die Vergabe von Ein-Euro-Jobs an Hartz-IV-Betroffene. Laut Bundesrechnungshof erfüllen die angeordneten Maßnahmen vielfach nicht die vorgeschriebenen gesetzlichen Voraussetzungen. Die Arbeiten im Garten- und Landschaftsbau durch die Ein-Euro-JobberInnen sind weder zusätzlich noch begrenzt und verstoßen somit eindeutig gegen die Regeln für Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II (Maßnahme für „Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden können“, §16 Abs. 3 S. 1 SGB. II).



Wir haben versucht, diese Zustände im Garten- und Landschaftsbau durch mehrere Anfragen an die Verwaltung und an die Behörde für Wirtschaft und Arbeit zu hinterfragen. Eine der Antworten der Verwaltung lautete: „(...) dass diese Arbeiten mit eigenem Personal und den zur Verfügung stehenden Unterhaltungsmitteln nicht zeitnah bzw. überhaupt nicht durchgeführt werden können“.

Aufgrund dieser Antwort erstatteten Stefan Dührkop, Mitglied des Regionalausausschusses Wilhelmsburg/Veddel, und ich Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Rechtsbeugung durch die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, des Bezirksamtes Hamburg-Mitte sowie der Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II.

In einem Antwortschreiben teilte Bezirksamtsleiter Markus Schreiber uns mit, dass für die Durchführung dieser Arbeiten im Garten und Landschaftsbau die Behörde für Wirtschaft und Arbeit verantwortlich sei und das Bezirksamt lediglich mit einem Beschäftigungsträger einen Vertrag über deren Umsetzung abschließen. Mit dieser Antwort konnten wir uns natürlich nicht zufrieden geben, so dass wir uns jetzt schriftlich an die Behörde für Wirtschaft und Arbeit wenden und eine Stellungnahme einfordern werden.

Die Kommunen benutzen die Ein-Euro-Jobberinnen und Jobber dazu, Arbeiten auszuführen, die eigentlich auf dem regulären Arbeitsmarkt vergeben werden müssten. Sie sparen so Kosten ein. Eine billige Arbeitskraft ist immer noch besser als keine, so die Denkweise der Verantwortlichen. Um mit den Worten von Karl Marx zu sprechen, der Mehrwert (Gewinn), der hier aus der Ware Arbeitskraft herausgepresst wird, ist enorm.

## Informationen für Hartz-IV-Betroffene: Behörde für Wirtschaft und Arbeit schaltet auf stur

Um Hartz-IV-Betroffene im Bezirk über ihre verbleibenden Rechte zu informieren, haben wir zwei Anträge in die Bezirksversammlung eingebracht: Einen Antrag zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den neuen Anspruch auf Sonderbedarfsleistungen, wie etwa: „Nicht verschreibungspflichtige Arznei- und Heilmittel, Putz-/Haushaltshilfe für Rollstuhlfahrer, Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts, Nachhilfeunterricht“. (Drucksache 19/193/10)

In diesem Antrag haben wir die Behörde für Wirtschaft und Arbeit aufgefordert, ihren Einfluss als Träger der Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II (team.arbeit.ham-burg) zu nutzen, um Hartz-IV-Betroffene durch die Hamburger Arbeitsgemeinschaft ein Schreiben zukommen zu lassen, das sie über ihre berechtigten Ansprüche informiert. Hier konnten selbst die SPD und GAL nicht nein sagen. Obwohl die Bezirksversammlung den Antrag mehrheitlich angenommen hat, verweigert die Behörde für Wirtschaft und Arbeit den Beschluss umzusetzen. In ihrer Stellungnahme vom 23.7.2010 heißt es lapidar: „(...) Gleichzeitig würden Hoffnungen auf zusätzliche Leistungen geweckt, die für einen Großteil der angeschriebenen Kunden abgelehnt werden müssten.“

Des Weiteren haben wir einen Antrag eingereicht, um zu erreichen, dass Hartz IV-Betroffene darüber informiert werden, dass sie einen Anspruch darauf haben, bei Besuchen im Amt einen sozialrechtlichen Beistand mitzubringen. Die Beistände können unserer Meinung nach Kommunikationsprobleme und Missverständnisse verringern. (Drucksache 19/131/10) Unsere Forderung war, dass sämtliche Job-



center und Sozialämter im Bezirk-Mitte angewiesen werden, im Eingangsbereich für jedermann klar erkennbar Hinweisschilder anzubringen, die über die Möglichkeit der Hinzuziehung eines sozialrechtlichen Beistandes gemäß § 13 Abs. 4 SGB X. Auskunft geben. Auch diesen Antrag nahm die Bezirksversammlung mehrheitlich an. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit schaltete aber auch in diesem Fall auf stur. In ihrer Stellungnahme vom 3.8.2010 heißt es: „(...) Beim Betreten der Jobcenter erwarten die Kundinnen und Kunden zunächst eine schnelle Orientierung über ihre Ansprechpartner...Darüber hinaus wird bezweifelt, dass durch die Hinzuziehung eines Beistandes die Widerspruchs- und Klageverfahren reduziert würden.“

Wir bleiben dabei: **Hartz IV muss weg**. Wir werden auf Bezirksebene weiterhin für die Interessen der Betroffenen kämpfen.

**Ronald Wilken**, Abgeordneter aus Wilhelmsburg

## Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht

**Sandra Clemens**, Abgeordnete aus Hamm für DIE LINKE im Ausschuss für Schule, Kita und Sport

Als Sprecherin im Ausschuss für Schule/Kita/Sport hat mich die Erhöhung der Kitagebühren und der Essenspauschalen besonders bewegt. Im April 2010 plante Schwarz-Grün erhebliche Kürzungen im Bereich der Kinderbetreuung. Unter anderem sollen Eltern mit enormen Mehrkosten belastet werden. Als erste Maßnahme erhöhte der Senat ab Mai die Essenspreise in Kindertagesstätten und Horte. Ein Beispiel: Die Kosten für das Mittagessen stiegen im Hort von 13 auf 42 Euro, um mehr als 100 Prozent. Für Hartz-IV-Empfänger stiegen diese Kosten im Hort von 13 auf 21 Euro. Skandalös ist zudem, dass Familien mit behinderten Kindern, die bisher den ermäßigten Satz zahlten, nun den vollen Beitrag leisten, wenn sie die Frühförderung für ihr behindertes Kind in Anspruch nehmen wollen. Auch die Verschiebung des Kita-Rechtsanspruches ab dem zweiten Lebensjahr stellt eine einschneidende Kürzung dar. Sie erschwert Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und verhindert eine frühe Sprachförderung etwa für Kinder mit Migrationshintergrund.



Wie haben wir als Bezirksfraktion auf dieses Problem reagiert um dann zu agieren? Wir haben uns mit der außerparlamentarischen Initiative des Landeselternausschusses (LEA) *Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht* vernetzt, um diese zu unterstützen. Die Vernetzung fand in einem Arbeitskreis der Bürgerschaftsfraktion statt, in dem die Bürgerschaftsfraktion, alle Bezirksfraktionen der LINKEN, Interessierte, Fachleute und Vertreter des LEA sich regelmäßig treffen. Der LEA reichte eine Petition gegen die Kürzungen ein und bekam 42.500 Unterschriften. Um die Kampagne noch bekannter zu machen, planten wir dann gemeinsam die Kitafachkonferenz „Klugscheißer früh fördern“. (siehe folgenden Artikel).

Da wir diese Initiative auch im Parlament unterstützen wollten, reichten wir im Mai einen Antrag in den Schul- und Kitaausschuss ein, in dem wir Bezirksamtsleiter Markus Schreiber aufforderten, sich gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus den anderen Bezirken für eine Abschaffung der Gebührenerhöhung einzusetzen. (Bildung fängt in der Kita an – gegen Gebührenerhöhungen!) Dabei sind diese Forderungen alles andere als revolutionär. Es sei angemerkt, dass SPD-Abgeordnete auf ihren Internetseiten für eine Unterstützung der LEA-Petition aufriefen. Die FDP hatte auf einem Landesparteitag übrigens den Beschluss gefasst, sich gegen die Kitagebührenerhöhung auszusprechen. Dennoch lehnten CDU, FDP, GAL und SPD im Ausschuss unseren Antrag ab.

DIE LINKE steht langfristig für eine gebührenfreie Bildung. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Anstatt über Gebühren abzukassieren, sollten die Lasten über Steuern solidarisch auf alle verteilt werden.

## Kitakonferenz:

### Weg mit sozialem Ausschluss durch das Gutscheinsystem!

„Auf den Anfang kommt es an.“ Wenn es um frühkindliche Bildung geht, hat sich dieses Motto sogar schon bis ins Familienministerium herumgesprochen. Die derzeitige Debatte erweckt einen modernen Anschein: Kitausbau, Hochschulbildung für Erzieherinnen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doch die Realität sieht auch in Hamburg anders aus. Der Senat erhöhte die Essenspauschale in der Hortbetreuung und die Kitagebühren. Er führte den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Zweijährige nicht ein. Um dem entgegenzusteuern, veranstaltete DIE LINKE im Oktober 2010 eine für alle offenstehende Kitakonferenz unter dem Motto „Klugscheißer früh fördern: Bildung von Anfang an – für alle!“

Rund 80 Menschen nahmen teil: Eltern, Erzieher, Gewerkschafter, Politiker, Betriebsräte, Anwälte und weitere Interessierte. Sie diskutierten den frühkindlichen Bildungsprozess, die – vermehrt prekären- Arbeitsbedingungen in Kitas sowie die Hortbetreuung an Schulen. Dreh- und Angelpunkt bildete das Hamburger Kita-Gutscheinsystem. Seine Einführung 2003 bedeutete die Abkehr vom staatlich gelenkten System der „Mängelverwaltung“ hin zum „neoliberalen Markt-simulationsmodell“. Dies habe einerseits zu einer höheren Betreuungsquote gerade der Drei- bis Sechsjährigen geführt und eine vielfältige Trägerlandschaft geschaffen. Doch die Fixierung der Bewilligungskriterien für einen Gutschein auf die Berufstätigkeit der Eltern habe dazu geführt, dass gerade Kinder von Erwerbslosen sowie von Migrantinnen seltener eine Kita besuchen, gerade wenn sie unter drei Jahre alt sind. Dieser Effekt hat sich durch die finanziellen Mehrbelastungen weiter verstärkt. Zudem sei die Anzahl der prekär Beschäftigten durch die Pauschalierung der Personalkosten erheblich angestiegen. Vor- und Nachbereitungszeiten seien durch das Gutscheinsystem nicht finanziert. Inwieweit eine Rekommunalisierung von Nöten sei und welche –neue- Rolle- der Staat spielen kann, diskutierten die TeilnehmerInnen kontrovers. Auch Vergesellschaftungsmodelle, wie etwa Genossenschaften, wurden dabei angedacht.

Die KonferenzteilnehmerInnen vereinbarten konkrete Projekte: Gemeinsam mit Rechtsanwälten werden die rechtlichen Voraussetzungen geprüft, einen Musterprozess gegen die Kitagebührenerhebung für Kinder von Familien, die ALG II beziehen, zu führen. Ziel eines Prozesses ist die Gebührenfreiheit für Kinder aus Hartz-IV-Familien und bei geringfügig Beschäftigten mit niedrigem Einkommen.

Die Volksinitiative des Landeselternausschusses „Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht“ wird als ein Schritt in die richtige Richtung gesehen, eine gebührenfreie Kita ab dem ersten Lebensjahr für alle einzuführen und diese über Steuern zu finanzieren. Diese Haltung wurde von allen TeilnehmerInnen gestützt, GEW-Vorsitzender Klaus Bullan forderte sogar den Rechtsanspruch ab der Geburt. Es wird zudem angestrebt, im Kitagutscheinsystem - wie früher üblich - die tatsächlichen Personalkosten zu finanzieren. Schlechter zahlende Betriebe sollen nicht mehr für ihr Lohndumping belohnt werden.

Mehmet Yildiz, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der LINKEN Bürgerschaftsfraktion, bewertet die Konferenz: „Ich bin mit dem Verlauf der Konferenz sehr zufrieden. Für uns war sie der Startschuss für eine breite Diskussion und ein Signal für Hamburg. Die Kitakonferenz hat noch einmal klar festgestellt: Beim sozialen Ausschluss von Hartz IV-Empfängern und Migranten durch das Kitagutscheinsystem darf es nicht bleiben. Nach dem Scheitern der Primarschulreform müssen wir gerade auch in die frühkindliche Bildung investieren. Wer ein Haus baut, braucht schließlich auch ein gutes Fundament.“ (**Sandra Clemens**, Oktober 2010)

## Drei Jahre Stadtentwicklungspolitik im Bezirk Mitte

**Bernhard Stietz-Leipnitz**, Abgeordneter aus St. Georg

**Stadtplanung:** Wir mussten erfahren, dass Bauleitplanung (Vorbereitung von Bebauungsplänen) im Bezirk vor allem für die Großprojekte der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Wilhelmsburg und sonst „vorhabenbezogen“ für Großinvestitionen Innenstadtbereich stattfindet. In beiden Fällen gibt es für die Bezirkspolitik wenig Gestaltungsspielraum, da entweder die Masterplanung bei der Behörde für Stadtplanung und Umwelt (BSU) liegt oder die Investoren ganz konkrete Vorstellungen haben, die allenfalls im Detail geändert werden. Faktisch arbeitet die entsprechende Abteilung für die BSU bzw. die Investoren. Bedenken der LINKEN, z.B. wegen Nichtberücksichtigung des Naturschutzes werden da leicht auch von der GAL wegen Zeitdruck (IBA) weggewischt. Die Großinvestoren stehen oft unter „Sachzwängen“, die aus hohen Grundstückskosten ((Höchstgebotsverfahren seitens der Stadt bzw. Spekulation der bisherigen Eigner) entstehen. Das nehmen die anderen Parteien leider meist kritiklos zur Kenntnis.



Vor der Realisierung von Bauprojekten finden oft stadtplanerische Wettbewerbe statt, bei denen die Bezirkspolitiker als Sachpreisrichter Einfluss nehmen können. CDU, SPD und GAL haben die Beteiligung der LINKEN per Mehrheitsbeschluss verhindert. Das muss anders werden.

Ein stetiges Ärgernis sind die Entwicklungen in der Hafencity, der Bezirk wird über Senatsplanungen lediglich informiert.

Für politisch begründete Fortentwicklung von Bebauungsplänen zu Gunsten des Wohnens bleibt im Fachamt des Bezirks unter diesen Bedingungen keine personelle Kapazität. U.a. das muss sich ändern, wenn tatsächlich bezahlbare Wohnungen entstehen sollen.

**Wohnen und soziale Stadtteilentwicklung:** Erfreulich ist, dass im zuständigen Ausschuss die Empfehlungen der BürgerInnen aus den vielen Beteiligungsgremien (z.B. Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräte) oftmals Gehör finden und umgesetzt bzw. weiter geleitet werden. Leider aber fast immer nur als von der Verwaltung gefilterte und in vielen Fällen abgeschwächte oder gar ins Gegenteil verkehrte Version. Das führte in einigen Fällen dazu, dass die LINKE ablehnen musste, obwohl sie die ursprüngliche Empfehlung unterstützte.

Die Forderung nach sozialen Erhaltensatzungen für St. Georg und St. Pauli als Gentrifizierungsbremse (die verbundene Umwandlungsverordnung kann die Bildung Eigentumswohnungen in Altbauten verhindern) wurde nun endlich auch von SPD und GAL unterstützt. In beiden Fällen aber sind die Satzungen immer noch nicht in Kraft und wurden um Jahre zu spät angeschoben. Solche Satzungen sind dringend auch für weitere Stadtteile erforderlich, z.B. Veddel und Wilhelmsburg, aber womöglich auch für Borgfelde, wo zunehmend teure Eigentumswohnungen z.B. an der Klaus-Groth-Straße entstehen.

## Transparenz und Demokratie fehlen

Sehr seltsam ist das Demokratieverständnis von CDU, SPD und GAL im Hinblick auf Beteiligungsgremien. Der aus irgendeinem Grund unbeliebte Verein Sternipark darf auf Grund einer „Lex Sternipark“ im Sanierungsbeirat Karolinenviertel nicht mitarbeiten, weil er nicht „aktiv für die Sanierungsziele eintritt“. Ob das bei anderen Grundeigentümern immer der Fall ist, darf getrost bezweifelt werden. Wir haben heftig gegen diese Manipulation opponiert.

**Bau:** Nach herrschender Meinung des bezirklichen Rechtsamtes hat der Ausschuss sehr viel weniger Möglichkeiten der Einflussnahme als Bürger sich das vorstellen. Grundsätzlich müssen Bauanträge genehmigt werden.

Nur wenn „Befreiungen“ vom geltenden Baurecht nötig sind, kann im Verhandlungswege mit dem Bauherrn manches erreicht werden. Insgesamt fallen im Ausschuss aber viel mehr ästhetische als politische Entscheidungen. Wir haben stets Sozialwohnungen bzw. öffentlich geförderter Wohnungsbau gefordert und den Bau von Eigentumswohnungen abgelehnt. Oft genug standen wir damit allein bzw. mussten uns von den anderen Parteien anhören, wir seien gegen Wohnungsbau.

Regelmäßig abgelehnt haben wir die generelle Nichtöffentlichkeit der Ausschusssitzungen. Obwohl fast nie schützenswerte (persönliche) Daten zur Sprache kommen, werden die potentiell betroffenen BürgerInnen per Beschluss gegen die Stimmen der LINKEN. von der Information ausgeschlossen. Mehr noch, wenn es nach der herrschenden Meinung geht, dürfen die Ausschussmitglieder überhaupt nicht über die Bauvorhaben reden, „bevor das Bauschild steht“, also der Bau begonnen hat.

Es gibt noch viel zu tun für die LINKE.!

## Sankt Florian lässt grüßen - oder wie man unerwünschte Menschen aus seinem Stadtteil abschiebt.

**Renate Hercher-Reis**, Abgeordnete aus Wilhelmsburg

Im Regionalausschuss Billstedt gibt es immer wieder Anträge von SPD und Grünen zur Auflösung und zum Abbau der Wohnstätten in denen Migranten aus vielen Ländern der Welt untergebracht werden. Zuerst ging es um den Mattkamp, vor ein paar Wochen dann um den Billstieg, wo schon still gelegte Anlagen wieder bewohnbar gemacht werden mussten, damit wohnungslose Roma-Familien untergebracht werden können. Die Begründung dieser Anträge ist immer die gleiche: Billstedt wird bei sowieso schon überproportional großen sozialen Problemen über Gebühr belastet.

Mich wundert dabei immer das Kurzzeitgedächtnis der anderen Parteien.. Wer hat denn die Wohnungsnot in der Stadt zu verantworten. Wer hat dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren so gut wie kein bezahlbarer Wohnraum mehr geschaffen wurde?



Es ist ja richtig, dass in anderen Bezirken inzwischen viele dieser Stätten – um sie nicht Lager zu nennen – geschlossen worden sind, oder zu regulären Wohnungen für Flüchtlinge ausgebaut wurden. Trotzdem ist es für uns klar, dass wir diesen Anträgen jedes Mal nicht zustimmen und die anderen Parteien daran erinnern, wie es um den Wohnungsmarkt bestellt ist. Und das auch dank ihres Durchwinkens von Investorenprojekten auf im Höchstgebotsverfahren verscherbeltem



Ordentlich wie eine Kaserne. Aber in diesen Häusern sind Menschen unterschiedlichster Herkunft und Religionen auf engstem Raum untergebracht

öffentlichen Grund. Klar, dass dann hier die Mieten für normal verdienende Menschen fast unerschwinglich sind. Die Rendite muss ja schließlich stimmen. Dies ist die Erfahrung, die ich aus dem Ausschuss für Stadtplanung des Bezirkes mitgenommen habe.

Was die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft SAGA seit Jahren an sozialem Wohnungsbau geleistet hat, ist nicht nennenswert. Vor ein paar Jahren hat man die GWG und damit ein Kontingent von Wohnungen hinzugekauft. Noch heute zahlt die SAGA diese Wohnungen mit jährlich 100 Mio. Euro in den Hamburger Haushalt zurück.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass durch diese Politik, die steigende Arbeitslosigkeit, Hartz IV, der immer weiter abgebauten sozialen Hilfe in der Stadt und die immens steigenden Mieten, immer mehr wohnungslose Menschen zusätzlich untergebracht werden müssen.

Dabei würden wir natürlich gerne solchen Anträgen zustimmen, wenn das zur Folge hätte, dass die Bewohner\_innen endlich in menschenwürdigen Wohnverhältnissen untergebracht würden. Es gibt Familien, die seit über sechs Jahren in 15 m<sup>2</sup> kleinen Zweibettzimmern leben. Seit über sechs Jahren teilen sie sich mit 12 anderen und teilweise völlig fremden Menschen zwei Toiletten, einen Gemeinschaftsduschraum und eine Gemeinschaftsküche. Konflikte, die bei solchen Wohnverhältnissen zwangsläufig entstehen, können mit den minimalen sozialen Angeboten, die dort, natürlich auch aus Kostengründen, vorgehalten werden, nicht ausgeräumt werden. Aber die Wohnungen, die dafür gebraucht werden sind nicht vorhanden. Und natürlich stehen diese Menschen ganz am Ende der langen Liste der Wohnungssuchenden.

Wir werden also auch in der nächsten Legislatur weiterhin laut den Bau von bezahlbarem Wohnraum fordern. Den Bau von Investorenwohnungen anprangern. Und weiterhin unsere Zustimmung zu Anträgen verweigern; die Zustände in solchen Unterkünften skandalisieren und Antworten dazu fordern, wo die Menschen denn statt dessen untergebracht werden sollen.

Versprochen!

## AREAL 21: Aufstand auf St. Pauli

**Markus Schneider-Johnen**, zugewählter Einwohner St. Paulis in den Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung, Sprecher DIE LINKE. St. Pauli

Die Zeiten haben sich geändert: Noch im Sommer 2009 beschränkte sich der Protest gegen das Bauvorhaben der Tanzenden Büro-Türme am Eingang zur Reeperbahn auf Protestäußerungen im Rahmen einer öffentlichen Präsentation. Dieser Protest hatte auf die weitere Planung keinerlei Einfluss, die Gigatürme werden gebaut. Gegen den Masterplan der Bezirkskoalition aus SPD und GAL für das Areal Alter Rindermarkt (Ex-Real) hingegen gibt es inzwischen monatelangen intensiven Widerstand auf St. Pauli und doch kommt erst ganz langsam bei SPD und GAL an, dass sie gegen die Bevölkerung ihren Plan für das Areal nicht durchsetzen können. Die Zeiten haben sich eben geändert: Die massiven Proteste gegen die Atomtransporte in Gorleben oder gegen das Stuttgart 21-Projekt zeigen deutlich, dass Planungen sich nicht



mehr einfach so gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen lassen. Dies erzeugt bei den Menschen Politikverdrossenheit, die aber nicht mehr in Resignation, sondern in eine energische Widerstandsbewegung mündet, die wir LINKE von Anfang an nicht nur begrüßt haben, sondern in der wir ein Teil des Ganzen sind. Was in Gorleben und Stuttgart im Großen passiert, findet hier im Kleinen statt – und zieht sich auf St. Pauli zudem durch alle Bevölkerungsschichten. Die Bezirkskoalition aus SPD und GAL unterschätzt das hierin steckende Potenzial scheinbar noch immer: Empfehlungen aus den Sanierungsbeiräten werden mit Verweis auf die vorgezogenen Neuwahlen auf die lange Bank geschoben, eine Fragebogenaktion, was aufs Areal denn nach den Vorstellungen der AnwohnerInnen hin soll und was eben auch nicht, wird schlichtweg ignoriert. Und damit werden die Forderungen von Herrn Grote (stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion) und Herrn Schreiber (Bezirksamtsleiter) unglaublich, die für den Sankt-Nimmerleinstag ebenfalls eine Befragung der Bevölkerung in Aussicht stellen.

### Trend Eventisierung

Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen war die mediale Ankündigung durch Herrn Schreiber, der eine „St. Pauli Music Hall“ für 4.000 BesucherInnen auf dem Areal Alter Rindermarkt im März 2009 ankündigte, noch bevor sich irgendein demokratisch legitimiertes Gremium damit befasst hatte. Auf den folgenden Beschluss des Hauptausschusses der Bezirksversammlung, eine Machbarkeitsstudie mit der Vorfestlegung auf eine Music Hall durchzuführen, reagierte DIE LINKE. Stadtteilgruppe St. Pauli prompt und kommentierte in ihrer Stadtteilzeitung *Sankt PauLinX*: „In dem Bauvorhaben wird die Fortführung des Trends zur Eventisierung des Viertels klar erkennbar. Die Eventisierung erklingt als Begleitmusik zur Aufschickung des Viertels und befördert somit den Ausschluss derer, die sich diese Eventkultur mit zu erwartenden horrenden Eintrittspreisen nicht leisten können.“ Kurz darauf initiierte eine Gewerbetreibende mit tatkräftiger Unterstützung LINKER Aktivisten aus dem Stadtteil eine Unterschriftensammlung im Karo-

viertel gegen die Pläne, auf dem Areal eine Music Hall, eine Shopping Mall, noch mehr Büros und Gastronomie anzusiedeln. Innerhalb weniger Tage unterschrieben mehr als 800 Menschen! Das war die Geburtsstunde einer Bewegung, die AnwohnerInnen treffen einberief und sich auf eine Veranstaltung des Bezirksamts vorbereitete, in der am 13. April 2010 die bezirkliche Planung der geneigten Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte. LINKE AktivistInnen aus St. Pauli beteiligten sich an der Übernahme dieser Veranstaltung durch die AnwohnerInnen, die eine parallele Ideenwerkstatt durchführten, statt als StatistInnen die zuvor bekannt gemachten Pläne zur Kenntnis zu nehmen. Um sich gegen Herrn „Schreibär“ & Co. durchzusetzen, kamen unter dem Motto „Hier spielt die Musik“ ein Streichorchester sowie zahlreiche Instrumente und Trillerpfeifen zum Einsatz. Diese Aktionsform haben wir LINKE aus St. Pauli ausdrücklich begrüßt und mitgetragen, nachdem die Erfahrung mit den „Tanzenden Türmen“ gezeigt hatte, dass bei einer öffentlichen Präsentation geäußerte Ablehnung von der Bezirkskoalition ignoriert wird.

### **AnwohnerInnen-Initiative unter Staatsschutz-Beobachtung**

Von diesem Beginn an wirken LINKE aus St. Pauli in der entstandenen Initiative „die leute: real“ mit, die kontinuierlich Partei ergreift für einen Planungsprozess, der von AnwohnerInnen getragen wird anstelle einer bezirklichen Planung, die vergisst, dass auf St. Pauli nicht nur TouristInnen feiern wollen, sondern auch Menschen leben. Eine Kleine Anfrage an den Senat, die DIE LINKE in Auftrag gegeben hatte, ergab, dass diese AnwohnerInnen-Initiative vom Staatsschutz beobachtet wird. Hinter dem Einsatz für die Gestaltung des Wohnumfelds vermuten die Herrschenden also eine Staatsgefährdung. In Wirklichkeit stammen aus dieser Initiative u.a. Vorlagen für Empfehlungen in den lokalen Sanierungsbeiräten, die einen Stopp der bisherigen Planungen und ein ergebnisoffenes anwohnerInnenzentriertes Planungsverfahren fordern und mit großen Mehrheiten in den lokalen Beteiligungsgremien verabschiedet wurden. Im Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung wurden diese Empfehlungen dann aber nur von der LINKEN unterstützt, während SPD und GAL nach außen unbeeindruckt eine Machbarkeitsstudie mit den Vorgaben Music Hall, Shopping Mall, Büros und Gastronomie erstellen ließen. Diese Planung stellten sie am 25. November 2010 mehreren Hundert St. PaulianerInnen vor, die sehr entschieden ihre Ablehnung der Pläne zum Ausdruck brachten. Will die Bezirkskoalition nun ihre Planung nicht länger gegen den Willen der Bevölkerung fortsetzen, gehört die Machbarkeitsstudie ins Altpapier. Dass sie trotz des schon vorher abzusehenden Widerstands diesen Wettbewerb durchzogen, hat mal eben eine Viertelmillion Euro gekostet, wie eine Kleine Anfrage der LINKEN an das Bezirksamt ergab – teures Altpapier!

Inzwischen hat ein Zusammenschluss von mehreren Initiativen aus dem Stadtteil fast 20.000 Fragebögen in die Briefkästen im Karoviertel, in der Sternschanze und in St. Pauli-Nord verteilt. Damit haben sie eine „Wunschproduktion“ gestartet mit dem Ziel, die Bedürfnisse und Wünsche der AnwohnerInnen zu ermitteln und die Planung nach ihnen auszurichten. Mal schauen, ob und ggf. wann SPD, GAL und CDU aufwachen werden und wie auch bei „Park Fiction“ in St. Pauli-Süd die Wunschproduktion für das Areal fördern werden. Entsprechende Anträge der LINKEN in der Bezirksversammlung und in der Bürgerschaft haben SPD, GAL und CDU abgelehnt und stattdessen ein neues Pseudo-Beteiligungsverfahren beantragt. Die Zeiten haben sich geändert, nur SPD, GAL und CDU wollen es nicht wahrhaben.

## Lichter der Schlafstadt –

### der Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde und seine (Nicht-)Zuständigkeiten

**Marion Fisch**, für DIE LINKE zugewählte Bürgerin im Regionalausschuss Horn, Hamm, Borgfelde

Die Stadtteile Horn, Hamm und Borgfelde gelten wegen ihrer hohen Wohndichte oft als Schlafstädte, doch hier ist einiges los. Mehr als 80.000 Einwohnerinnen und Einwohner leben hier auf cirka 10,5 Quadratkilometern. Sie werden im Regionalausschuss (RA) von knapp 20 Parteien-, d.h. BezirksfraktionsvertreterInnen und zugewählten BürgerInnen vertreten. In der Regel kommt der Ausschuss ein Mal monatlich zusammen. Ohne ein erst im September 2009 eingesetztes Gremium madig machen zu wollen – der Versuch einer kurzen Zwischenbilanz führt zu einer eher kritischen Einschätzung, was das Verhältnis zwischen seiner Reichweite und den behandelten Themen betrifft. Zu beachten ist dabei, dass schwarz-grüner Stadtumbau (wie z.B. in Wilhelmsburg) oder der Kampf um das Recht auf Stadt (wie z.B. auf St. Pauli) in Horn/Hamm/Borgfelde zumindest derzeit noch nicht ganz so deutlich zu spüren sind. Mit der Ausnahme des erst einmal „kassierten“ Großprojekts Horner Doppelrennbahn (für das der Ausschuss bezeichnenderweise nicht zuständig war) beschäftigten ihn also eher kleinräumige Themen. (Siehe auch MITTLINKS September 2010)

#### Was waren bislang typische Gegenstände des Ausschusses?

Ein nur auf den ersten Blick unumstrittenes Thema bildete die Bankfrage. Der Einsatz fürs öffentliche Sitzen kann Anerkennung bei BürgerInnen verschaffen und ist somit fraktionsübergreifend populär. Andererseits finden sich auch immer wieder unliebsame Mitmenschen, die auf den Bänken Platz nehmen – das „billigste“ Gegenmittel ist dann wiederum der Abbau der Bänke. Anlass für uns, wenigstens in dieser Hinsicht für eine „Bankenrettung“ einzutreten (siehe auch Mittlinks 1/2010). Noch Ende 2010 haben wir zum Beispiel einen Antrag für Bänke am Spielplatz Morahtstieg eingebracht, wurden aber – mit dem Verweis auf zeitweilig dort verweilende Drogenabhängige und den möglichen Ausbau der Kita – bislang ablehnend beschieden.

In Verkehrsfragen, vor allem solchen, mit denen die Situation für Fußgänger verbessert werden sollte, gab es eine Reihe von Anträgen, denen wir zustimmen konnten. In diesem Feld gab es auch z.T. recht detaillierte Informationen. Die Möglichkeit der Information und der Nachfragen war auch bei anderen Themen durchaus zu begrüßen. So informierte das Rauhe Haus uns über seine Arbeit. Der bürgernahe Beamte für unsere Stadtteile berichtete über die vergleichsweise niedrige Anzahl von Straftaten in unserem Gebiet. Das macht den Einzelfall nicht weniger schlimm, es zeigt aber auch, dass das tatsächliche Ausmaß krimineller Handlungen nicht dazu taugt, Ängste und Vorurteile zu schüren.

Bei der „Attraktivitätssteigerung“ (SPD) des Hammer Parks hatte der RA kaum Einfluss – die zahlreichen Baumfällungen z.B. konnten wir nur im Nachhinein kritisieren. Ärgerlich ist zudem die beharrliche Verweigerung eines öffentlichen WCs. Dafür ergab eine unserer Anfragen, dass im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms 2009/2010 293.000 Euro in den Park gesteckt wurden. (Drucksache 19/20/1)

Unbefriedigend verlaufen ist die Auseinandersetzung um die Beleuchtung am Morahtstieg/U-Bahn Rauhes Haus. Von einer Anwohnerin angestoßen, „behandelte“ der RA das Thema über ein Jahr, ohne dass bislang eine sichtbare Verbesserung stattgefunden hat. Wir haben uns da-

für eingesetzt, vor Ort eine Begegnung zwischen BürgerInnen und Verwaltung durchzuführen, um zu klären, was konkret getan werden kann. Die Begegnung fand zwar statt, führte aber zu keinem Konsens. Die Ankündigung der Verwaltung, ab Dezember eine Versuchsanordnung mit anderen Leuchten zu starten, stieß bei den BürgerInnen auf Skepsis bis Ablehnung.. Mitte Januar ist die Verwaltung vorzeitig aus dem Winterschlaf erwacht. So brachte das zuständige Amt die Traversen mit den Kofferleuchten an. Wir hoffen auf einen erfolgreichen Verlauf des Experiments und bleiben weiterhin im Gespräch. Nun sind wir uns bewusst, dass soziale Ängste mit einer bestimmten Luxzahl bzw. Lampenverteilung allein kaum zu „regeln“ sind, doch sollten die Initiativen von Anwohnerinnen und Anwohnern ernst genommen und gemachte Zusagen seitens der Verwaltung eingehalten werden.



Morahtstieg: Experimentelle Doppelleuchte

### **Begrenzte eigene Mittel**

Überdies hat der RA im Jahr nur wenige Mittel (Sondermittel der Bezirksversammlung) zur eigenen Verfügung, über deren Verteilung an Sportvereine, Seniorenveranstaltungen auf deren Anträge hin bislang meist ohne größere Kontroversen entschieden wurde. Der Eindruck des Gießkannenprinzips drängt sich gleichwohl auf: Der Unterversorgung der Sportstätten etwa kann mit ein paar neuen Bällen und Trikots nicht abgeholfen werden.

### **Was können LINKE VertreterInnen also in einem Regionalausschuss überhaupt erreichen?**

In diesen immerhin vom Anspruch her „bürgernahen“ Gremien wollen wir gerade auch aus der „Außenseiterrolle“ heraus unsere Kritikfunktion wahrnehmen. Unbequem, aber unumgänglich ist das Beharren auch auf kleinen Anliegen, um von der Verwaltung oder langjährig erfahrenen anderen ParteienvertreterInnen nicht „über den Ausschusstisch“ gezogen zu werden. Wir wollen vor Ort die Lebensbedingungen der Menschen im Stadtteil verbessern und vorallem die Parks als grüne Lungen erhalten.

Wir werden Bürgeranliegen weiterhin ernst nehmen und kritisch begleiten.

Die eingeschränkte Rolle der Regionalausschüsse hängt mit den Schwachstellen der Bezirksverfassung Hamburgs zusammen, die linke Stadtpolitik genauer unter die Lupe nehmen müsste – zumal durch die Sparpolitik eine weitere Beschneidung der Bezirkszuständigkeiten droht. Mehr Transparenz hieße auch: Sowohl RA-VertreterInnen als auch die BürgerInnen in den Stadtteilen müssten genauer über die Zuständigkeit solcher Gremien informiert werden. Dann lässt sich sicher auch besser darin arbeiten bzw. genauer einschätzen, was mit und in ihnen möglich ist – und was nicht.

## Bezirksfraktion



Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.) <a href="mailto:stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de">stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de</a>	Tel. 24 57 40
Christine Detamble-Voss (stv.Vors.) <a href="mailto:christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de">christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de</a>	Tel. 43 99 672
Sandra Clemens - <a href="mailto:sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de">sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de</a>	Tel. 0175 740 79 09
Olaf Harms (DKP) <a href="mailto:olaf_harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de">olaf_harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de</a>	Tel. 28 57 69 08
Renate Hercher-Reis - <a href="mailto:renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de">renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de</a>	Tel. 700 120 33
Ronald Wilken - <a href="mailto:RonaldC@linksfraktion-hamburg-mitte.de">RonaldC@linksfraktion-hamburg-mitte.de</a>	Tel. 754 55 85
Tilman Rosenau (Geschäftsführer) <a href="mailto:geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de">geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de</a>	Tel. 28 57 69 08

Sie erreichen alle VertreterInnen der LINKEN über die Geschäftsstelle.

### Mehr Informationen unter

<http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/>

<http://fuer-ein-soziales-hamburg.de/>

---

"Das Ziel der politischen Bildung muss es daher sein, die Regierten von den Regierenden intellektuell unabhängig zu machen" (Gramsci).

Fotonachweis:

Titel, S. 4: Matthias Krüttgen, S. 9 Renate Hercher-Reis, S. 13 Sandra Clemens, alle Personen: André Lenthe

Verantw: B.Stietz-Leipnitz, c/o Geschäftsstelle, Borgfelder Str. 83, 20537 HH